

17.11.2003

GRÜNE fragen nach Alternativen zu Kommunalen Frauenbeauftragten

"Finstere Zeiten" für die Gleichstellungspolitik in den Kommunen sehen die Landtagsgrünen durch die von der Landesregierung geplante Abschaffung der Stellen für Kommunale Frauenbeauftragte. "Nachdem die Kommunen bis zur Einführung des Gesetzes 50 Jahre lang den Gleichstellungsauftrag ignoriert haben, kann man nicht erwarten, dass ohne die kommunalen Frauenbeauftragten in den Verwaltungen jetzt mit Hochdruck und freiwillig an diesem Ziel gearbeitet wird", sagte die frauenpolitische Sprecherin Ursula Helmhold am Montag in Hannover.